

Aus dem Nest GEFALLEN



Kinderrechte und Kinderschutz sind gerne in aller Munde, in der Umsetzung hapert es. Beispiel: Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz sei „kein großer Wurf“, so Experten.

| Von Regine Bogensberger |

Kindheit kann man auch mit der Reifung von Germteig und Käse vergleichen – zumindest, wenn es nach dem Reformpädagogen und Lebensberater Karlheinz Benke geht, der folgendes Bild zeichnet: Demnach ist der Germteig vergleichbar mit dem Entwicklungsdrang der Kinder. Wird aber am Teig gezogen, entstehen „emotionale Luftlöcher“ wie im Emmentaler, die Verunsicherung symbolisieren. Die postmoderne Gesellschaft würde zu wenig Augenmerk auf eine kindgerechte Entwicklung legen, befürchtet Benke (siehe Seite 23). Je größer diese emotionalen Luftlöcher, umso größer der Nährboden für Stressmomente, die Kinder, Jugendliche und deren Familien bewältigen müssen. Eine grundlegende Antwort, so einige Fachleute, ist daher die Stärkung der Kinderrechte, die in der UN-Kinderrechtskonvention festgehalten und von Öster-



Photo: AP/Wide World

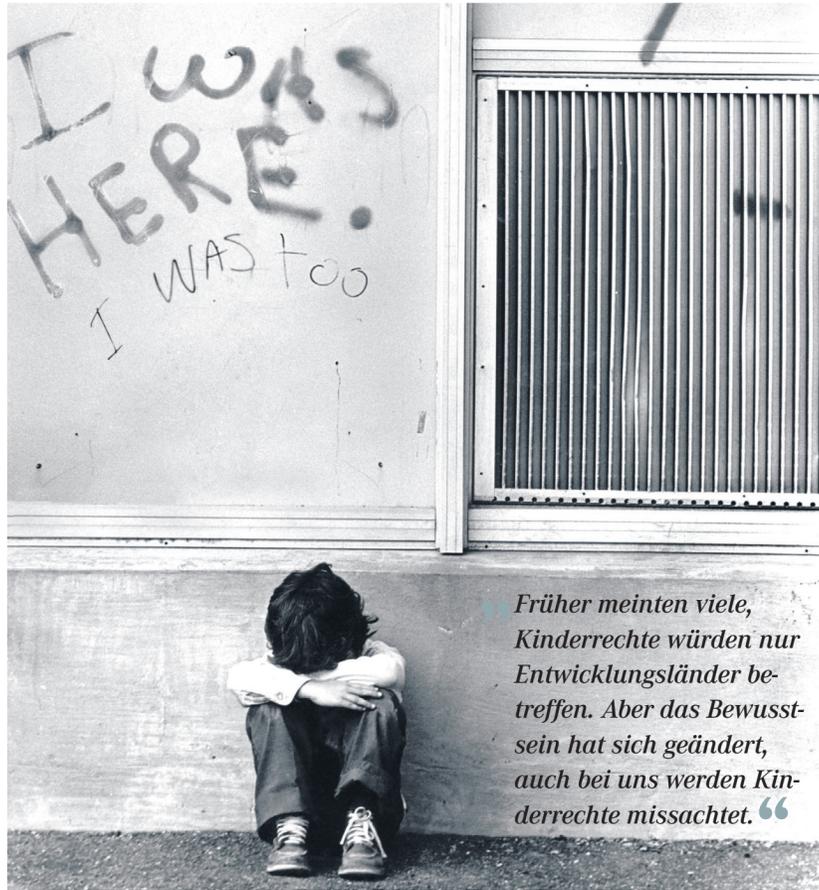
Die Grundsätze der UN-Kinderrechtskonvention: Gute Versorgung, Mitsprache und Schutz vor Gewalt.

vor Gewalt und Missbrauch besteht Handlungsbedarf, vor allem in puncto Prävention, wie Fachleute immer wieder betonen. Um diesen Bereich neu aufzustellen und den heutigen Gegebenheiten komplexer Familiensituationen anzupassen, wurde eine „umfassende Reform“ des geltenden Jugendwohlfahrtsgesetzes angestrebt. Anfang Oktober konnte die scheidende Familienministerin Andrea Kdolsky „ihr Kind“, den Entwurf für ein neues „Kinder und Jugendhilfegesetz“, in Begutachtung schicken. Bis Mitte November können Änderungen eingefordert werden. Das Gesetz ist ein Bundesrahmengesetz, die Länder sind weiterhin für die Ausführung verantwortlich. Die ÖVP-Ministerin erwartet wenig Kritik: „Ich bin mir sicher, dass es durchgeht, weil es wenige Kritiker gibt“, betont sie gegenüber der APA. „Es gibt keine NGO, Koalitions- oder Oppositionspartei, die hier nicht mit dabei war. Ich bin stolz darauf – es ist mein Kind.“

„Ich bin stolz darauf – das ist mein Kind“

„Das Kind“, das die Ministerin, die der neuen Regierung nicht mehr angehören wird, ihrem Nachfolger oder ihrer Nachfolgerin hinterlassen wird, ist aber bei Experten nicht so unumstritten, wie es Kdolsky gerne hätte. Zwar wird von diesen der Arbeitsprozess gelobt, und der Entwurf grundsätzlich als „Schritt in die richtige Richtung“ und als Gesetz in moderner Sprache bezeichnet, aber „ein großer Wurf“ sei es nicht. Im Detail: „Der Entwurf ist auf halbem Weg stehen geblieben“, urteilt etwa Georg Dimitz, der für den ÖGB und den Berufsverband der Sozialarbeiter an einer Stellungnahme zum Entwurf schreibt. Er kritisiert vor allem drei Punkte: Die fachlichen Standards müssten klarer definiert und verbindlich sein. Gewisse Kernelemente müssten für alle Länder verpflichtend sein. Und es sollte ein Kinder- und Jugendbeauftragter geschaffen werden, der dem Parlament über Schwächen und Stärken des Jugendwohlfahrtbereiches Auskunft erteilt. „Wenn diese drei Punkte noch berücksichtigt werden, dann könnte man von einer echten Verbesserung reden. Wenn nicht, dann bleibt es eben ein halber Schritt in die richtige Richtung, der aber keine unmittelbare Verbesserung der erkannten Schwächen bringt“, so das Urteil des Diplomsozialarbeiters Dimitz. Dann wäre der Reformwille nach tragischen Fällen wie dem Tod des kleinen Luca, „nur ein Lippenbekenntnis“.

Auch die Wiener Kinder- und Jugendanwältin Monika Pinterits kritisiert, dass Standards zu vage formuliert wurden; so ist etwa zu lesen: „Unter Berücksichtigung der Grundsätze der UN-Konvention ...“. Es sollte aber heißen: „Die Kinderrechtskonvention ist einzuhalten.“ „Ich habe das Gefühl, es musste dann sehr schnell gehen. So gingen viele Teile, die in den Arbeitsgruppen eingebracht wurden, verloren. Ich sage nicht, dass es das allerschlechteste Gesetz ist, aber wir sind traurig, dass es zu wenig kindgerecht ist. Es ist viel zu sehr auf die Notwendigkeit der Jugendwohlfahrt abgestimmt.“ Etwas anderer Meinung ist hingegen Roswitha Lamin-



10.716

Kinder und Jugendliche mussten im Jahr 2007 aus ihren Familien genommen werden und vorübergehend oder langfristig in Pflegefamilien, in Wohngemeinschaften, Heimen oder Kinderdörfern untergebracht werden.

Früher meinten viele, Kinderrechte würden nur Entwicklungsländer betreffen. Aber das Bewusstsein hat sich geändert, auch bei uns werden Kinderrechte missachtet.

Photo: AP/Wide World

ger-Purgstaller. Die Pädagogin betreibt im Namen des SOS-Kinderdorfes Lobbying für das Chancengesetz, einer Initiative der Bundesregierung zur Umsetzung mehrerer Forderungen im Bereich Kinderschutz und Kinderrechte. (siehe Die FURCHE Ausgabe 19/08).

„Es musste dann wohl sehr schnell gehen“

Ihr Resümee: Standards seien klar beschrieben, entscheidend sei nun aber die Umsetzung der Länder. Positiv sei auch die Berücksichtigung der Kinderrechtskonvention und die Verankerung der Prävention. Kritik übt Laming-Purgstaller aber dennoch: Ein Rechtsanspruch auf Leistungen der Jugendwohlfahrt sei nicht dezidiert ausformuliert. Die Forderung, dass junge Erwachsene, die nicht in ihrer Familie groß wurden, bis maximal 27 Jahren Hilfe der Jugendwohlfahrt beanspruchen können, sei nicht ausreichend berücksichtigt worden.

„Es ist leider nicht der große Wurf, den wir uns gewünscht hätten“, meint auch Andrea Holz-Dahrenstaedt. Die Kinder- und Jugendanwältin in Salzburg verweist darauf, dass sie in Kürze gemeinsam mit Kollegen und Kolleginnen eine Stellungnahme abgeben würde. Hier nur ein erstes Resümee: „Es gibt so viele Zahnräder, die nicht gut verzahnt sind. Es müsste mehr Augenmerk auf diese Schnittstellen gerichtet werden, das wurde aber unzureichend geregelt“, meint sie. Es brauche noch mehr an präventiven Maßnahmen. Hier sei noch viel zu tun, etwa fehle es an niederschweligen, flächendeckenden Angeboten. „Wir hätten uns

ein Ministerien-übergreifendes Chancen- oder Kinderrechtsgesetz gewünscht“, meint die Juristin, und verweist auf Schätzungen aus Salzburg: Ein Viertel aller Kinder ist von Armut gefährdet, ein Viertel von Gewalt betroffen, ein Viertel lebt in veränderten Familienverhältnissen, und ebenso viele sind psychisch krank oder gefährdet, es zu werden. Wiederum ein Viertel haben mehrere Risikofaktoren. Trotzdem: Einige positive Schritte seien gemacht. „Früher meinten viele, Kinderrechte würden nur die Entwicklungsländer betreffen. Aber das Bewusstsein hat sich geändert, auch bei uns werden Kinderrechte missachtet.“

Das „Kinder- und Jugendhilfegesetz“

Neu am Entwurf, der Anfang Oktober in Begutachtung geschickt wurde, ist zunächst schon der Name: Es ist nicht mehr von „Jugendwohlfahrtsgesetz“ die Rede, sondern vom „Bundesgesetz über die Grundsätze für soziale Arbeit mit Familien und Erziehungshilfe für Kinder und Jugendliche“, kurz „Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz“.

Die Eckpfeiler der Reform laut Ministerium: Konkretisierung der Ziele und Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe; Verbesserung des Schutzes vor Gewalt; Verbesserung für die Rechtsschutzinteressen der Klienten; Impulse für einheitliche Standards und für die weitere Professionalisierung der Fachkräfte und eine Modernisierung und Vereinfachung der Rechtssprache. (bog)

schrieben werden. Bisher erfolglos. Ich hoffe, dass es tatsächlich umgesetzt wird. Dann müssten auch sämtliche Gesetze und Verordnungen auf Kinderrechte hin geprüft werden, und bei zukünftigen Gesetzestexten müssten Kinderrechte mitbedacht werden. **DIE FURCHE: Wo ist Österreich gut unterwegs, wo säumig?** **Pinterits:** Positiv ist etwa die Mobilisierung der Jugendlichen geschrieben. Vieles im Argen ist im Schulbereich. Mit unserem selektiven Schulsystem schaffen wir uns die Probleme selber. In unserem Schulsystem verlernen Kinder mit der Zeit, gerne zu lernen. Es braucht Partizipation von Beginn an. Auf der einen Seite sagt man, vor allem bei Gewalt und Missbrauch, Kinder sollen Nein-Sagen lernen; aber Kinder müssen in unserem System viel zu oft Ja sagen, sie werden viel zu wenig gefragt. **DIE FURCHE: Man hat den Eindruck, im Gericht wird nun mehr Rücksicht auf Kinderrechte genommen.** **Pinterits:** Ja, wir haben es geschafft, den Kinderbeistand für Scheidungskinder einzurichten. Das tut den Kindern gut. Aber ich finde, das ganze Scheidungsrecht gehört hinterfragt. Man müsste mehr mit den Eltern arbeiten, an-

statt die Kinder von einem Gutachter zum anderen zu schleppen. Die Kinder sind in einem solchen Loyalitätskonflikt drinnen. Wir müssen immer sagen: Du bist nicht verantwortlich dafür. Es rufen aber oft Leute an, die sich beklagen: Sie reden von Kinderrechten, wo sind denn die Pflichten? Kinderrechte machen also sichtbar Angst. Dabei können sich Kinder nicht ausuchen, wohinein sie geboren werden. Sie müssen vielen Verpflichtungen nachkommen (Kindergarten, Schule) und tun, was Erwachsene sagen. **DIE FURCHE: Wie schaut es mit Kinderrechten in den Familien aus?**

Ab 1990

wurden in allen Bundesländern weisungsfreie Kinder- und Jugendanwaltschaften eingerichtet. Sie beraten Kinder bei Scheidungen, Gewalt oder sexuellem Missbrauch.

Wenn die Straßenbahn zum Piratenschiff wird

Spielende oder lärmende Kinder werden von Erwachsenen oft als störend empfunden. Aber kindgerechtere Lebensräume stecken immer noch in den Kinderschuhen.

| Von Regine Bogensberger |

Kinder schaffen sich ihre Spielräume. Spiel findet meist dort statt, wo es Erwachsene eben nicht geplant haben. Diese Erkenntnis von Fachleuten wie (Reform-)Pädagogen entlockt den allermeisten Eltern ein zustimmendes mild-lächelndes oder frustriertes Seufzen, und schon fallen einem zahlreiche Beispiele ein:

Wie etwa die Straßenbahn-Fahrt mit drei aufgeweckten Buben zwischen drei und fünf Jahren kürzlich in Wien. Die Straßenbahn ist plötzlich ein Piratenschiff, die Fläche am Ende eines Wagens der Aussichtsturm und die Fahrgäste die ins Visier genommenen Gegner. Nur allzu gerne würde man zuschauen, wie eine Super-Nanny an der kleinen fröhlichen Meute „ver-sagt“ und sie genauso ratlos, dann doch belustigt danebensteht wie die Mütter der Buben, die zwischen „Lasst sie doch“ und „Das geht nun aber wirklich nicht mehr“ schwanken. Gewiss, Spielplatz ist die vollgepackte Bim keine, aber einfach nur brav Dasitzen, wie es so mancher Fahrgast von den Knirpsen einfordert, scheint auch unmöglich, zu verlockend das Piratenspiel zu dritt. Und angesichts der verbalen und nonverbalen Disziplinierungsversuche durch einige Fahrgäste endlich auf den für sie vorgesehenen Platz gebracht zu haben, der ihnen fürs wilde Spiel zugedacht ist: der meist – zumindest bei schönem Wetter – vollgefüllte Spielplatz. Wenn man es bis dorthin ohne Verzögerung schafft; nur, Piratenschiff können die enttäuschten Buben dort partout keines finden.

Ein Beispiel von vielen, das nicht alle pädagogischen Fragen und „Versagen“ ausdiskutieren kann, das aber eine Frage deutlich macht: Wie kindgerecht sind unsere Lebensräume? Können sie sich, vor allem in unseren Städten, so entwickeln, wie sie es wollen und sollten?

Dass der ungebremste Wille der Kinder zu spielen, Dinge für ihr Spiel umzufunktionieren, oft auf Grenzen stößt, ist für Familien und Menschen, die ihre Ruhe – oft auch zu Recht – wollen, alltäglicher Konfliktstoff. Bekannte Klagen für Monika Zachhuber, die im Kinderbüro Steiermark vor allem in den warmen Jahreszeiten damit konfrontiert ist. „Die Toleranzgrenze der Erwachsenen gegenüber Kindern ist gesunken, sie sind es einfach nicht mehr so gewohnt, viele spielende Kinder anzutreffen“, erklärt die Pädagogin den Widerspruch zwischen bemängeltem Geburtenrückgang und dennoch vermehrten Klagen über Kinderlärm. „Konflikte, vor allem in Wohngebieten, haben eine soziale, aber auch eine planerische Komponente“, meint Zachhuber, die sich für kindgerechten Wohn- und Städtebau einsetzt. Gerade hier gilt es, präventiv tätig zu sein und Planungsfehler vorzubeugen. „Kleinkindbereiche und Grünbereiche sind heutzutage fixer Bestandteil von Wohnanlagen, sie sind auch im Baurecht verankert, aber zu wenig wird bedacht, dass die Kinder auch heranwachsen“, zeigt Zachhuber mögliche Fehler auf; vor allem geht es um das Wie der Gestaltung. Daher der wichtigste Rat der Expertin: Kinder und Jugendliche in die Planung einbinden.

Die Fragen, die jeder Architekt und jede Architektin beim Planen einer Anlage bedenken sollte: Bauen Kinder den Raum sich zu entfalten; können sie auch Spuren hinterlassen oder wird ein aufgebautes Zelt im Sommer und ein zertretener Rasen sogleich zum Nachbarschaftskonflikt? Werden Kinder in ihrer Selbstständigkeit gefördert, gibt es etwa Orientierungspunkte wie unterschiedlich gestaltete Haustüren? Wird Familien das tägliche Leben erleichtert, etwa durch eine gute Anbindung an die Infrastruktur eines Wohnortes oder durch gut geplante Ruhe- und Spielräume?

Doch mit kindgerechtem Wohnbau allein ist es laut Zachhuber nicht getan. „Kinder müssen in der ganzen Stadt willkommen sein, nicht nur in den ihnen zugedachten Inseln wie Spielplätzen, Schulen; sie müssen in die Planung einbezogen werden. Kinder sollten Plätze und Schulen sicher und selbstständig erreichen können.“ Noch immer ein frommer Wunsch? Es gebe schon einige positive erste Schritte, meint Zachhuber, etwa die Einrichtung eines Kinderparlaments in Graz, wo Kinder ihre Ideen und Verbesserungswünsche einbringen können. Dennoch: Die Umsetzung gehe langsam vor sich. „Kinderanliegen sind leider keine Priorität“, bedauert die Pädagogin.

Und es fehle den Städteplanern auch an Mut zu unkonventionellen Ideen, konstataren Experten. Der Reformpädagoge Karlheinz Benke etwa nennt das Beispiel einer Bushaltestelle, die von Schulkindern in ihrem knappen Zeitbudget zum freien Spiel genutzt wird. Anstatt die Kinder immer wieder einzubremsen, sollten laut Benke der Verkehr in solchen Bereichen be-

„Kinder und Jugendliche schaffen sich ihre Spielräume. Spiel findet meist dort statt, wo es Erwachsene eben nicht geplant haben.“

ruhigt, die Haltestellen anders gestaltet werden, sprich die Erwachsenen sollten mehr mit den Augen der Kinder sehen. Benke hat sich in seinem Buch über „Die Geografie(n) der Kinder. Von Räumen und Grenzen in der Postmoderne“ (Verlag Meidenbauer, 2005) mit den Raumvorstellungen von Kindern auseinandergesetzt, vor allem vor dem Hintergrund von Raum- und Zeitnot in Städten.

Sind daher Landkinder zu beneiden, oder wie wichtig ist das ungezügelte Spielen im Wald ohne Zäune und Verbotsschilder? Benke und Zachhuber warnen vor Verallgemeinerungen und Verklärungen. Es gebe auch Wohngebiete am Land, wo Kinder etwa neben ei-

ner vielbefahrenen Straße leben und für Freizeitangebote weit fahren müssten. Dennoch: Zum freien Spiel gebe es gewiss mehr Möglichkeiten und das sei von großer Bedeutung, betont Karlheinz Benke: „Wir müssen unsere eigenen Räume schaffen können. Niemand käme auf die Idee, jemand anderem seine Wohnung zu hinterlassen und zu sagen: Bitte richte sie für mich ein.“ Dazu komme das Begreifen von verschiedensten Materialien. Das eben nur am besten so geht, wie es Kinder ohnehin immer wieder einfordern: Im Matsch wühlen, einen Bach stauen oder Regenwürmer streicheln. So könnten Kinder auch ein ökologisches Bewusstsein entwickeln, sagt der steirische Pädagoge.



Photo: AP/Wide World

Stadt: Was sehen Kinder zuerst von der Stadt? Menschen, Fahrzeuge und gestresste Eltern, wenn die Technik versagt.



Photo: AP/Wide World

Spielen: Häufiger Konflikt: Spielplätze vor Wohnhäusern. Schlechte Planung rächt sich meist im ersten Sommer.



Photo: AP/Wide World

Verkehr: Häufiger Konflikt: Spielplätze vor Wohnhäusern. Schlechte Planung rächt sich meist im ersten Sommer.



Photo: AP/Wide World

Natur: Der ideale Ort für Buben und Mädchen? Ein Waldspielplatz oder noch besser: der Wald an sich.

INTERVIEW

„Kinderrechte machen Angst“

| Das Gespräch führte Regine Bogensberger |

Es braucht mehr Mitsprache der Kinder, fordert Monika Pinterits, leitende Kinder- und Jugendanwältin in Wien.

aber es muss auch genügend Geld dafür zur Verfügung stehen. Kinder haben das Recht auf Information über das Prozedere, etwa bei Gefährdungen des Kindes. Das passiert aber oft nicht. **DIE FURCHE: Das heißt, in der Umsetzung der Rechte hapert es noch.** **Pinterits:** Nicht nur. Unsere Forderung, die UN-Kinderrechtskonvention in die Verfassung aufzunehmen, wird wohl nun das dritte Mal ins Regierungsprogramm ge-

Monika Pinterits ist Diplomsozialarbeiterin und leitende Kinder- und Jugendanwältin in Wien. Sie war früher auch für das Jugendamt tätig.



Photo: Pinterits

„Man sagt immer wieder, Kinder sollten Nein-Sagen lernen; aber Kinder müssen in unserem System viel zu oft Ja sagen, und sie werden viel zu wenig gefragt.“